

Kostenexplosion Pflege: AfD fordert Landespflegegeld und staatliche Hilfe

Die Preise für Pflegeheime in Sachsen steigen drastisch um bis zu 400 Euro, berichtet die „Freie Presse“.

Die Anstellung von mehr Pflegepersonal und deren bessere Bezahlung werden dabei zu 100 Prozent auf die Pflegebedürftigen abgewälzt.

André Wendt, sozialpolitischer Sprecher, erklärt:

„Die dringend notwendige Verbesserung in der Pflege allein auf den Schultern der Pflegebedürftigen abzuladen, ist schäbig und mehr als unsozial. Gerade diese Generation hat Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut und muss nun doppelt bluten. Mit ihrer oftmals mickrigen Rente werden viele die saftigen Preisaufschläge nicht zahlen können und zu Bittstellern bei ihren Kindern oder beim Sozialamt degradiert.

Bei den Mehrkosten in der Pflege muss der Staat einspringen, statt hunderte Milliarden Euro für bankrotte EU-Staaten auszugeben oder hunderttausende ausreisepflichtige Asylbewerber mit Hartz-IV zu versorgen. Die Rekord-Steuereinnahmen der letzten Jahre müssen endlich den eigenen Bürgern zugutekommen, die den Wohlstand mit ihren Händen erarbeitet haben.

Zudem sind weitere Maßnahmen nötig, um den Druck vom Kessel zu nehmen. Dazu gehört auch der Wunsch vieler Angehöriger, ihre Familienmitglieder zu Hause selbst zu pflegen. Deshalb hat die AfD-Fraktion ein Landespflegefördergeld beantragt (6/14750), um die Angehörigenpflege finanziell deutlich besser zu

unterstützen. Damit soll gewährleistet werden, dass Pflegebedürftige – umgeben von Angehörigen – so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können.“